

Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

Vertrauen in Grünen Bezirksverordnetenvorsteher erschüttert

Bericht aus der 32. Tagung der BVV Pankow

Am 2. Juli 2025 ächzte ganz Berlin unter einer Rekordhitze von 38 Grad. Auch im Bezirksverordnetensaal waren die Temperaturen bedrückend. Trotz des Wetters war der Zuschauersaal gut besucht, denn erneut waren viele Kinder und Jugendliche, Eltern und Vertreter*innen der Kinder- und Jugendhilfe angereist. Mit beeindruckender Ausdauer verfolgen sie alle Sitzungen der BVV seit Beginn der Haushaltskrise. Auch am Abend des 2. Juli sollte erneut über Kürzungen im Bereich Jugend und Soziales verhandelt werden.

Die Linksfraktion Pankow hatte zwei Anträge zum Schutz von Pankows sozialer Infrastruktur vor den Kürzungen des Senats und des Bezirks eingebracht. Diese sind das Ergebnis der Abstimmung der Fraktion mit den Trägern im Rahmen der „Pankow bleibt #unkürzbar“-Kiezversammlungen. Leider kamen die Bezirksverordneten nicht mehr zu diesem wichtigen Tagesordnungspunkt. Grund war die Aussprache zum Antrag von Linksfraktion und SPD auf Abwahl des Bezirksverordnetenvorstehers Dr. Oliver Jütting (Grüne).

Statt seiner überparteilichen Rolle als Vorsteher gerecht zu werden, hat Dr. Jütting sein Neutralitätsgebot verletzt. Zuletzt durch die aktive Beeinflussung einer Abstimmung am

18. Juni 2025 um zugunsten seiner Fraktion eine Mehrheit mit der AfD zu ermöglichen. In der aktuellen Wahlperiode hat der Vorsteher zudem parteiliche „Freundschaftsdienste“ für die Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (Grüne) geleistet – etwa durch die eigenmächtige Einberufung einer Sondersitzung ohne ausreichende Begründung. Linke und SPD kritisieren auch seine anhaltende Missachtung der Geschäftsordnung und seine oft inkonsequente Sitzungsleitung. Er hat die Rechte der Bezirksverordneten nicht geschützt und das Amt des Vorstehers nachhaltig beschädigt.

Diese Kritikpunkte waren immer wieder nicht-öffentlich im Ältestenrat vorgebracht worden, wurden von der Grünen Fraktion aber lediglich mit einem Achselzucken quittiert. Trotzdem zeigten sich die Grünen in der öffentlichen Sitzung nun überrascht und offenbarten ein irritierendes Verständnis von der Rolle der BVV. Nach Auffassung der bündnisgrünen Vorsitzenden Almuth Tharan „beschädige“ der anhaltend öffentlich ausgetragene politische Streit in der BVV die Demokratie. Dabei ist der politische Streit der Kern demokratischer Auseinandersetzung und muss öffentlich geführt werden. Wichtig ist dabei, dass man sich auf Regeln des Streits verständigt, sie

fair ausgestaltet und konsequent anwendet, damit jede demokratische Perspektive zu ihrem Recht kommt. Doch genau das hat Dr. Jütting wiederholt nicht getan, sondern die Regeln des Streits parteiisch gebeugt und letztlich auch gebrochen.

Durch ein Patt von 24 Ja- zu 24 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen blieb Dr. Jütting im Amt des Vorstehers. Von einem klaren „Vertrauensauspruch“ der Bezirksverordneten kann nicht die Rede sein. In seiner anschließenden Rede zeigte sich Dr. Jütting zu allem Überfluss uneinsichtig statt versöhnlich.

Die viel berichtete Streichung der Schulschwimmbusse durch das Bezirksamt war am 2. Juli auch nochmal auf der Agenda. Gegen die Stimmen der Linksfraktion fand ein CDU-Änderungsantrag eine Mehrheit, der nicht explizit eine Rücknahme der Streichung – wie von unserer Fraktion gefordert – beinhaltet, sondern floskelhaft „Rückanpassung“ und „Alternativen“ fordert. Hier droht ein fauler Kompromiss, um den Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) zu decken! Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Beförderung von Schulkindern zum Schwimmenunterricht einkommensunabhängig vom Bezirk gewährleistet wird. █

Drucksachen



Aussteigerprogramme für Jugendliche in rechten Gruppierungen und Strukturen initiieren - Angriffe abwehren - Betroffene schützen

Rechtsextreme Gruppierungen rekrutieren gezielt Jugendliche – auch in Pankow. Wir fordern deshalb, dass der Bezirk präventive Aussteigerprogramme aufbauen, Schutzkonzepte für Jugendfreizeiteinrichtungen entwickeln und mobile Jugendarbeit in belasteten Kiezen wie Buch und Blankenburg stärken soll. Ziel ist es, die Programme konzeptionell mit den weiteren Angeboten der Jugendhilfe zu verzahnen und ein Bündnis zu schaffen, um gefährdete Jugendliche zu unterstützen und demokratische Schutzräume zu sichern. (Drucksache IX-1203) ■



Hilfen für geflüchtete, junge Volljährige nachhaltig gestalten - Integration fördern

Auch geflüchtete junge Volljährige haben Anspruch auf Hilfe zur Erziehung – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus – in der Praxis landen geflüchtete, die volljährig werden bzw. für volljährig erklärt werden, jedoch schnell in Unterküften, in denen es für sie kaum altersadäquate und zielgruppenspezifische Unterstützung gibt.

Wir fordern das Bezirksamt daher auf, Übergänge sorgfältig zu planen, gesetzliche Fristen einzuhalten und individuelle Bedarfe zu prüfen um für alle jungen Menschen einen gelingenden Übergang in Ausbildung, Beruf und eigenständiges Leben zu ermöglichen. (Drucksache IX-1204) ■



Keine Kürzungen bei der Beförderung behinderter Kinder - Diskriminierung beenden - Folgekosten abwenden

Kinder mit Behinderung haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe – auch in den Ferien. Wir fordern, dass das Schulamt Pankow weiterhin für die Beförderung dieser Kinder zur ergänzenden Förderung und Betreuung (eFöB) zuständig bleibt. Eine Umstellung auf Einzelanträge bei der Jugendhilfe würde nicht nur Eltern und Verwaltung überlasten, sondern auch erhebliche Mehrkosten verursachen und das Teilhaberecht gefährden. (Drucksache IX-1206) ■



Kein Lohndumping in der Sozial- und Jugendhilfe - Tarifmittel für freie Träger sichern

Freie Träger in Jugend-, Sozial- und Gleichstellungsarbeit geraten durch gedeckelte Tarifmittel massiv unter Druck. Wir

fordern, dass das Bezirksamt sich gegenüber dem Senat für eine transparente, gesicherte und auskömmliche Finanzierung der Tarifsteigerungen und eine Lösung für die Förderlücke in der Jugendhilfe 2024 einsetzt. Wenn die Mittel nicht aufgestockt werden, drohen Lohndumping, Angebotsabbau und langfristig der Rückbau der Trägerlandschaft. (Drucksache IX-1208) ■



Flexibudget vom Kopf auf die Füße stellen - Prävention wirksam ausgestalten

Die flexible Unterstützung für Familien (Flexibudget) soll niederschwellige, präventive Unterstützungsangebote für Familien und junge Menschen in belasteten Lebenslagen ermöglichen – doch in Pankow wurde es bisher wenig wirksam eingesetzt. Wir fordern daher eine Neuausrichtung des Programms auf wissenschaftlich evaluierte, standardisierte Präventionsprojekte in Bezirksregionen mit besonderem Bedarf um mit fachlicher Qualität, klaren Kriterien und einer gezielten Steuerung die Notwendigkeit langfristiger Hilfen zur Erziehung wirksam zu vermeiden. (Drucksache IX-1209) ■

Kein Schwimmbus mehr in Pankow: Linksfraktion fordert Wiedereinführung für den obligatorischen Schwimmunterricht



Anfang Juni wurde öffentlich, dass das Bezirksamt Pankow die Schwimmbusbeförderung für die Jahrgangsstufe 3 zum Schuljahresende einstellt. Künftig sollen die Klassen den Weg zu den Schwimmstätten mit dem öffentlichen Nahverkehr zurücklegen – oft verbunden mit längeren Fahrzeiten, erhöhtem organisatorischem Aufwand und zusätzlichem Bedarf an Personal, das vielerorts schlicht nicht vorhanden ist. Die Begründung des zuständigen CDU-Stadtrats: Die Schüler*innenbeförderung sei rechtlich nicht verpflichtend, in der aktuellen

Haushaltssituation nicht leistbar und die Fahrt mit dem ÖPNV darüber hinaus pädagogisch wertvoll, klimafreundlich, kostensparend und verkehrsentlastend. Diese Argumentation verkennt jedoch die schulische Realität und ist aus unserer Sicht nicht tragbar. Bereits jetzt zeigt sich, wie gravierend die Folgen sind: Einige Schulen haben den Schwimmunterricht ganz gestrichen oder auf bestimmte Jahrgänge reduziert. Andere versuchen, den Transport notdürftig durch elterliche Begleitung im ÖPNV zu ersetzen – ein Vorgehen, das erhebliche Fragen hinsichtlich Haftung, Sicherheit und Chancengleichheit aufwirft. Eltern übernehmen Aufgaben, obwohl sie meist weder über pädagogische Qualifikationen noch über eine Erste-Hilfe-Ausbildung verfügen – und das ohne rechtliche Absicherung. Zudem sind zahlreiche Aspekte der Entscheidung fragwürdig – unter anderem, wie mit bestehenden Verträgen mit den Busunternehmen verfahren wird. Auch der Umstand, dass Kinder durch geänderte Rückkehrzeiten ihr warmes Mittagessen in der Schule verpassen, ist nicht hinnehmbar. Die Kommunikation des Bezirksamts mit Eltern und Schulen war unzureichend,

vielfach zu kurzfristig oder gar nicht vorhanden – ein inakzeptabler Umgang mit allen Beteiligten. Auf Grundlage einer kleinen Anfrage hat die Linksfraktion einen Antrag in die BVV eingebracht, der die sofortige Rücknahme der Entscheidung fordert. Ziel ist eine zentral koordinierte, verlässlich finanzierte und dauerhaft gesicherte Beförderungslösung ab dem Schuljahr 2025/26 – gemeinsam mit den betroffenen Schulen. Schwimmen ist laut Rahmenlehrplan eine verpflichtende Basiskompetenz – vergleichbar mit Lesen oder Schreiben. Die ersatzlose Streichung der Beförderung ist kein Beitrag zur Bildungsqualität, sondern Ausdruck eines Rückzugs aus der Verantwortung. Bei allen finanziellen Zwängen muss sichergestellt sein, dass Chancengleichheit und Sicherheit im Schulalltag nicht beeinträchtigt werden. ■



Von Dr. Jaana Stiller, sportpolitische Sprecherin



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende
und Felix Fischer, Fraktionsgeschäftsführer



Pankow bleibt #unkürzbar: Über 80 Organisationen und engagierte Einzelpersonen fordern politischen Kurswechsel

Soziale Angebote in unserem Bezirk sind kein Luxus, sondern Grundlage für Zusammenhalt, Teilhabe und ein gutes Leben in unseren Kiezen. Ob Stadtteilzentrum, Jugendhilfeträger oder queere Initiative – sie alle leisten tagtäglich unverzichtbare Arbeit. Sie begleiten Kinder und Jugendliche, unterstützen Familien in Krisen, schaffen Schutzräume und helfen Menschen in Armut, mit Behinderung oder Fluchterfahrung. Sie alle geraten durch die Kürzungspolitik von Senat und Bezirk unter Druck.

Doch wir widersetzen uns! Mit mehr als 80 Bündnispartner*innen haben wir einen gemeinsamen Antrag erarbeitet und fordern BVV und Bezirksamt auf, unsere soziale Infrastruktur zu verteidigen, sich schützend vor die Angebote der Sozial- und Jugendhilfe zu stellen und die Haushaltsplanung politisch statt technokratisch auszurichten.

Seit den Sarrazin-Jahren war es Konsens in Pankow, dass die Bereiche Jugend und Soziales in Kürzungswellen geschützt werden müssen. Grün-Schwarz-Gelb aber hat diesen Pankower Konsens aufgekündigt und das Bezirksamt hat das Solidaritätsprinzip aufgegeben. Die Folge: Angebote der Sozial-

und Jugendhilfe werden den Kürzungen ungehindert ausgeliefert. Träger der Sozial- und Jugendhilfe müssen anhaltend den Sinn und Zweck ihrer Arbeit verteidigen und die Wirksamkeit ihrer Angebote nachweisen – obwohl ihr Wert für die Gesellschaft gerade angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, steigender Armut, zunehmender sozialer Spaltung und existenzieller Krisen, einem Anstieg an rechter Hetze und Gewalt klar auf der Hand liegt.

Gerade in Krisenzeiten braucht es starke soziale Strukturen. Sie stabilisieren unsere Gesellschaft, schaffen Vertrauen in demokratische Prozesse und verhindern Eskalationsspiralen. Präventive Arbeit in Jugendklubs, Familienzentren oder Antidiskriminierungsprojekten spart langfristig immense Folgekosten. Wer heute hier spart, zahlt morgen drauf. Wir brauchen also mehr und nicht weniger soziale Angebote und die Politik muss ein verlässlicher Partner für Träger, Vereine und Initiativen sein. Stattdessen fehlt es an Planungssicherheit und Transparenz.

Pankow trifft es doppelt hart, denn die Kürzungsvorgaben des Senats treffen hier auf

ein Bezirksamt, dessen eklatantes Missmanagement unter der grünen Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch ein Rekordminus in den Haushalt gerissen hat und nun Leistungen für die vulnerabelsten Mitglieder unserer Gesellschaft zur Zielscheibe macht. Manche Träger haben sich verschuldet, um ihr Personal noch bezahlen zu können. Wenn der Kürzungsdruck des Senates ungehindert durchgestellt wird, droht einigen Einrichtungen das Aus.

Deshalb machen wir deutlich: Wir brauchen eine klare politische Position und ein entschiedenes Handeln gegen den sozialen Kahlschlag. Der Bezirk darf sich nicht hinter Vorgaben oder technokratischen Verfahren verstecken. Stattdessen braucht es politische Haltung, starken Willen und klare Prioritäten zur Stärkung unserer sozialen Infrastruktur.

Wir danken allen Trägern, Vereinen und Initiativen, die sich mit ihren Stimmen, Beiträgen und Unterschriften eingebracht haben. Ihr seid für uns und ganz Pankow unverzichtbar!

Pankows Schulen am Limit

In den letzten 10-15 Jahren wurde es versäumt, für ausreichende Schulplätze in gut ausgestatteten Schulen mit ausreichend qualifiziertem Personal zu sorgen. Nun zeigt sich sehr deutlich, welche schwerwiegenden Konsequenzen solche eine Kurzsichtigkeit nach sich zieht. Neben jahrelangen Versäumnissen bei der Schulsanierung an diversen Schulen und dem Bau neuer Gemeinschaftsschulen, die durchaus an einen Akt jahrzehntelang gelebter Prokrastination erinnern, birgt der neue Kurs des Senats neben massiven Mehrkosten kaum noch stemmbare Herausforderungen. Denn den Zugang zum Gymnasium über eine Anhebung des Notendurchschnitts und Eignungsprüfung für Schüler*innen zu erschweren, ohne für eine ausreichende Schulplatzversorgung an den Regelschulen zu sorgen, schürt nicht nur eine weitere Bildungsgerechtigkeit, sondern lässt auch durchschimmern, wie gering das Interesse an jungen Menschen außerhalb der gymnasialen Hemisphäre ist. Das ist insofern besonders dramatisch, da Pankow über viele Gymnasien verfügt, aber zu wenig Plätze an anderen weiterführenden Regelschulen.

Das Recht auf inklusive Beschulung an Regelschulen wird mit Füßen getreten!

Besonders erschütternd an der Tatsache ist, dass gelungene, teils sogar mit Auszeichnung versehene, nicht gymnasiale Schulkonzepte nun systematisch vor die Wand gefahren werden. Mit dem Ziel des Ausbaus der Förderschulen und dem weiteren Vollpacken



der Schulen ab der 7. Klasse wird aus bereits gelungener Inklusion nun eine knallharte Exklusion herbeigeführt und das, obwohl die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) eine qualitativ hochwertige schulische Inklusion aller Kinder mit Behinderungen vorsieht.

Auch Grundschulen bangen um ihre funktionierenden inklusiven Konzepte. Besonders die Eltern der Schulen wie der Maria-Leo-Grundschule und der Schule an der Strauchwiese lassen sich das nicht gefallen und protestieren laut und sichtbar im Juni und Juli mit einer Kundgebung vor dem Bezirks-Elternausschuss und einer zusätzlichen Mahnwache vor dem Schulausschuss. Als Linksfraktion unterstützen wir die Anliegen der Schulen auf Bezirks- und Landesebene aktiv. █

Kontakt:

susanne.kuehne@linksfraktion-pankow.de



Von Susanne Kühne,
schulpolitische Sprecherin

Sprechstunde des Kinder- und Jugendhilfeausschusses: Ein Angebot für junge Pankower*innen

Der Kinder und Jugendhilfeausschuss Pankow lädt Kinder und Jugendliche zur Teilnahme an den regelmäßigen offenen Sprechstunden ein. Mit der Ausschussvorsitzenden Maria Bigos können Kinder und Jugendliche hier in lockerer Atmosphäre über alle Themen, die sie betreffen, sprechen. Eine Anmeldung ist nicht nötig.



Was auf dem Herzen?

Komm in die Sprechstunde des Kinder- und Jugendhilfe-Ausschusses mit **Maria Bigos**



Ziel ist es, eine Plattform für offenen Austausch zu bieten. Denn die Kinder- und Jugendpolitik des Bezirks muss sich stärker an den Bedürfnissen der jungen Menschen selbst ausrichten! Die offene Sprechstunde findet an folgenden Terminen in wechselnden Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in Pankow statt:

Dienstag, 15. Juli 2025
16:00–17:00 Uhr | **KULTI**

Montag, 15. September 2025
16:00–17:00 Uhr | **Jugendfarm Moritzhof**

Montag, 6. Oktober 2025 | 16:00–17:00 Uhr
Oktopus - Pankow / Riff im Oktopus

Montag, 10. November 2025
16:00–17:00 Uhr | **Freizeitzentrum Upsala**

Weitere Termine folgen und werden auf den Seiten der Linksfraktion Pankow und des Kinder- und Jugendhilfeausschusses bekanntgegeben.

Diese Sprechstunden bieten eine einfache Möglichkeit, um politisch aktiv zu werden und die eigenen Anliegen direkt in die Kommunalpolitik einzubringen. Kommt vorbei und gestaltet mit! Eure Stimme zählt!

So treten Sie mit uns in Kontakt



Besuchen Sie unsere Bürger*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr in unserem Fraktionsbüro
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de oder wenden Sie sich direkt an unsere fachpolitischen Sprecher*innen.



In unseren thematischen **Arbeitsgruppen** können Sie sich zu einer Vielzahl von Themen einbringen:



Kennen Sie schon unseren **Newsletter**? Hier können Sie ihn abonnieren:



Folgen Sie uns auf Social Media:



www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im Sept 2025.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.